KONRAD ADENAUER STIFTUNG
Frankreich

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. – 26. Mai 2023

Premierministerin Elisabeth Borne hat am 22. Mai vor dem Nationalen Rat für den ökologischen Übergang (einem Dialoggremium, in dem Parlamentarier, Gewerkschaften, Arbeitgeber, NGOs und Vertreter der Zivilgesellschaft vertreten sind) ihren Aktionsplan zur Beschleunigung der Reduzierung der Treibhausgasemissionen in Frankreich vorgestellt. Ziel des Arbeitstreffens war es, die Reduktionsziele für die einzelnen Sektoren (Verkehr, Landwirtschaft, Gebäude...) bis 2030 vorzustellen. Ein detaillierter Plan wird für Ende Juni erwartet. Bis 2030 soll der Verkehrssektor beispielsweise von 129 auf 92 Megatonnen CO2 pro Jahr, der Gebäudesektor von 64 auf 30 Megatonnen CO2 reduziert werden. Die Hälfte der Anstrengungen wird vom produktiven Sektor (Unternehmen und öffentlicher Sektor) erwartet, ein Viertel von den Kommunen und ein Viertel von den Haushalten.

Frankreich verbietet als erstes Land der Welt Kurzstreckenflüge, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Betroffen sind inländische Verbindungen, die mit dem Zug in weniger als zweieinhalb Stunden zu erreichen sind, heißt es in einem Dekret der französischen Regierung. Ziel der französischen Regierung ist dabei, den CO2-Ausstoß des Verkehrssektors zu reduzieren. Auch nachhaltigere Reisemöglichkeiten sollen so gefördert werden. Im Dezember 2022 genehmigte bereits die EU-Kommission das teilweise Kurzstrecken-Flugverbot. Damals ging es um die Frage, ob sich das Vorhaben mit dem Europäischen Recht vereinbaren lässt. Die Maßnahme gilt zunächst für drei Jahre. Ein Jahr vor Ablauf der Frist soll Frankreich einen Erfahrungsbericht vorlegen.

Der Vorsitzender der Républicains, Eric Ciotti, hat gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden in Senat und Nationalversammlung, Bruno Retailleau und Olivier Marleix, zwei Gesetzesvorschläge zur künftigen Einwanderungspolitik vorgestellt. Der erste Vorschlag ist verfassungsrechtlicher Natur: Er zielt darauf ab, „die Abhaltung eines Referendums über die Migrationspolitik zu ermöglichen", sowie die Abweichung vom Vorrang des Europarechts in diesem Themenfeld zu gestatten. Auch soll der „Grundsatz der Assimilation in den Verfassungsrang erhoben werden". Der zweite Gesetzesvorschlag sieht u.a. Wiedereinführung des Straftatbestands des illegalen Aufenthalts vor. Auch soll die Vergabe der Staatsbürgerschaft auf Grundlage des „ius soli" eingeschränkt werden, wenn sich die ausländischen Eltern zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes illegal im Land aufhalten.

In einer Erklärung vom 21. Mai erklärte das Innenministerium, dass es „keine Registrierung von Schülern aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit" gibt. Mit der Erklärung reagierte das Ministerium auf eine Erhebung, die Polizisten in der südfranzösischen Stadt Toulouse im Rahmen des muslimischen Festes Eid al-Fitr vorgenommen hatten, um die Anzahl der abwesenden Schüler zu ermitteln. „Es wurden zu keinem Zeitpunkt namentliche Daten angefordert oder erfasst", heißt es in der Erklärung weiter. Die Zahlen seien hingegen wichtig, um die Auswirkungen bestimmter religiöser Feiertage auf die Funktionsweise des öffentlichen Dienstes, insbesondere im schulischen Bereich, zu untersuchen. Die Zählung steht im laizistischen Frankreich in starker Kritik.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelensky ist am 20. Mai an Bord einer französischen Staatsmaschine zum G7-Gipfel gereist. Laut einer Quelle aus dem Élyséepalast hatte Kiew Paris um Hilfe bei der Organisation der Reise gebeten. Zelensky reiste von der polnischen Grenze nach Dschidda in Saudi-Arabien, wo ein Gipfel der Arabischen Liga stattfand, und anschließend zum G7-Gipfel nach Japan. Er wurde dabei von der französischen Diplomatin Isabelle Dumont begleitet, die früher Botschafterin in Kiew war.

Auf seiner Rückreise vom G7-Gipfel in Hiroshima legte Emmanuel Macron einen Zwischenstopp in der Mongolei ein. Emmanuel Macron ist der erste amtierende französische Präsident, der seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den beiden Ländern im Jahr 1965 mongolischen Boden betreten hat. Der mongolische Präsident Ukhnaagiin Khürelsükh begrüßte Emmanuel Macron am 21. Mai zu einem Abendessen. Die Staatschefs diskutierten über den russischen Angriff auf die Ukraine sowie über zukünftige Uranlieferungen. Der französische Atomkonzern Orano (ehemals Areva) ist seit 1997 mit mehreren Projekten zum Abbau von Natururan vor Ort. Die Uranausfuhren nach Frankreich sind noch unbedeutend, aber Orano hat das Ziel, die Lagerstätten in der Wüste Gobi im Südosten des Landes künftig stärker auszubeuten. Die Ressourcen in Dulaan Uul und Zoovch Ovoo werden auf 64.000 Tonnen geschätzt. Frankreich verbraucht jährlich etwa 7.000 Tonnen Natururan, um 40% seines Energiebedarfs zu erzeugen.

Außenministerin Catherine Colonna reiste am 25. Mai nach Rom. Sie tauschte sich im Rahmen eines Arbeitsessens mit ihrem italienischen Amtskollegen Antonio Tajani aus. Vor ihrer Reise betonte Catherine Colonna, die von 2014 bis 2017 Botschafterin in Rom war, dass sich Frankreich derzeit nicht in einer diplomatischen Krise mit Italien befinde. Der französische Innenminister Gérald Darmanin hatte mit seiner Äußerung, Giorgia Meloni sei „unfähig, die Migrationsprobleme zu lösen", für Verstimmung in Rom gesorgt.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN

Der französische Botschafter in der Ukraine, Étienne de Poncins, wird im Sommer von seinem Posten in Kiew nach Warschau wechseln. Poncins wurde am 29. Juli 2019 in Kiew ernannt Am 28. Februar 2022 hatte er die Botschaft nach Lemberg im Westen des Landes evakuiert. Das französische Botschaftsgebäude in Kiew wurde am 15. April wiedereröffnet. In diplomatischen Kreisen wird seine Ernennung in Polen als strategisch eingeordnet. In der Ukraine verteidigte Poncins das Konzept der „Diplomatie des ersten und des letzten Kilometers": „Wir hören uns zunächst die ukrainischen Bedürfnisse genau an. Dann leiten wir sie an Paris weiter, das die angeforderten Mittel zusammenstellt. Schließlich nehmen wir sie hier in Empfang."

DIE ZAHL DER WOCHE

Die französische Regierung hat am 23. Mai den Startschuss für eine öffentliche Konsultation geben, die eine neue Strategie zur Anpassung Frankreichs an die Herausforderungen der globalen Erwärmung festlegen soll. Diese basiert auf dem „pessimistischen Szenario", dass die Erwärmung bis zum Jahr 2100 bis zu 4°C betragen könnte. Der vorherige nationale Plan, der 2011 erstellt und 2018 überarbeitet wurde, ging von einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur um 2°C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter aus. In dem neuen Szenario könnten die Hitzewellen bis zu zwei Monate andauern und in einigen besonders gefährdeten Gebieten (Mittelmeer-Rhône-Tal) könnten bis zu 90 Tropennächte pro Jahr auftreten. Die Regierung erwartet intensivere extreme Regenfälle, insbesondere in der Nordhälfte, und Dürreperioden von mehr als einem Monat im Sommer im Süden und Westen. Angesichts dessen schlägt die Regierung neben den bereits umgesetzten Maßnahmen (Wasserplan, Grüner Fonds usw.) weitere Anpassungen in verschiedenen Bereichen wie Wohnungsbau, Bildung, Verkehr usw. vor, die pro Jahr 2,3 Milliarden Euro zusätzliche Kosten verursachen würden.

Konrad-Adenauer-Stiftung Frankreich
15 bis rue de Marignan, 75008 Paris
T +33 15669-1500
www.kas.de/fr/web/frankreich